

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 17. November 2015

Polizei- und Militärdirektion

Ordnungsantrag Trüssel, Trimstein (glp)

Geschäft 2015.RRGR.495 137-2015 Machado Rebmann (Bern, GPB-DA). Keine BLS-Werkstätte im Landwirtschaftsgebiet von Riedbach!

Rückstellung des Geschäftes 31 bis der Expertenbericht der Begleitgruppe Riedbach vorliegt.

Präsident. Ich begrüsse Sie zum zweiten Tag der Novembersession des Grossen Rats. Sie können sich wahrscheinlich erinnern: Wir haben einen Ordnungsantrag, der gestern noch verblieb und den wir heute Morgen als erstes noch bereinigen werden. Anschliessend fahren wir mit den Geschäften der Polizei- und Militärdirektion weiter. Es handelt sich um den Ordnungsantrag Trüssel zum Traktandum 31. Ich gebe dem Antragsteller das Wort.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Ich werde meinen Ordnungsantrag zurückziehen. Der Hintergrund ist folgender: Als wir gestern in der Fraktion diskutierten, fand ich es schade, wenn wir das Thema jetzt im Rat diskutieren. Es wurde eine Begleitgruppe eingesetzt, die sich ein Bild der Lage erarbeitet, und wir schiessen mit einer Motion hier quer hinein. Ich hatte gestern mehrere Gespräche mit der Begleitgruppe und erhielt klar das Signal, dass sie froh wäre, wenn der Grosse Rat eine Stellungnahme dazu abgeben würde. Die Begleitgruppe fühlt sich von der BLS relativ stark genötigt. Es ist nicht eine Begleitgruppe, die ordentlich arbeiten und kritische Fragen stellen kann, sondern es sei eine «Gehirnwäsche-Gruppe». Das sind Ausdrücke, die ich gestern gehört habe. Ich schätze das als schlechten Weg ein. Insofern wäre es wertvoll, wenn wir morgen eine inhaltliche Debatte führen und der Begleitgruppe richtungsweisende Leitplanken mitgeben könnten. Ich ziehe meinen Antrag somit zurück.

Präsident. Sie haben es gehört, der Ordnungsantrag wurde zurückgezogen. Damit kehren wir zu unserer Traktandenliste zurück.

9 2015.RRGR.876 Motion 222-2015 Brunner (Hinterkappelen, SP) Neue Lösungsansätze zur Unterbringung von Asylsuchenden in den Gemeinden des Kantons Bern

Vorstoss-Nr.: 222-2015
Vorstossart: Motion
Eingereicht am: 07.09.2015

Eingereicht von: Brunner (Hinterkappelen, SP) (Sprecher/in)
Zybach (Spiez, SP)
Zäch (Burgdorf, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit gewährt: Ja 09.09.2015

RRB-Nr.: 1287/2015 vom 28. Oktober 2015
Direktion: Polizei- und Militärdirektion

Neue Lösungsansätze zur Unterbringung von Asylsuchenden in den Gemeinden des Kan-

tons Bern

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. im Rahmen für die Unterbringung und Betreuung von asylsuchenden Menschen neue Unterbringungs- und Betreuungsmodelle in der Praxis zu erproben. Konkret wird ein Pilotprojekt in der Gemeinde Wohlen durchgeführt. Nach Auswertung der gemachten Erfahrungen soll das Wohler-Modell auch in anderen Gemeinden Anwendung finden.
2. Der Kanton Bern unterstützt die Gemeinden und Betreiberorganisationen von Asylunterkünften finanziell und logistisch so, dass auch die Unterbringung von weniger als 100 Personen an einem Standort kostendeckend geführt werden kann.
3. Das heutige Finanzierungsmodell ist zu überprüfen und entsprechend anzupassen.

Begründung:

Es darf nicht sein, dass ein unwürdiger Verteilungskampf – zwischen Kanton und Gemeinden – auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen wird.

Der Bund verteilt die Personen des Asylbereichs aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen auf die Kantone. Die Kantone müssen die ankommenden Menschen in Gemeinden platzieren, wo sie den Asylentscheid des Bundes abwarten. Die Flüchtlingsproblematik ist noch lange nicht zu Ende. Prognosen sprechen von bis zu 1000 Flüchtlingen, die pro Woche in die Schweiz kommen könnten. Als grosser Kanton wird Bern künftig immer sehr viele Menschen aufnehmen müssen; zurzeit sind es bis 125 Personen pro Woche.

Die unterirdische Unterbringung von kriegstraumatisierten Flüchtlingen ist aus humanitärer Sicht eine äusserst unbefriedigende Lösung. Auch für die Gemeinden und die lokale Bevölkerung ist die Unterbringung von 100 oder mehr Personen an einem Standort kritisch.

Europaweit ist die Unterbringungssituation im Asylbereich prekär, und ein Ende dieses Notstands ist nicht absehbar. Es braucht neue Lösungsansätze, bei denen die Ressourcen der Bevölkerung miteinbezogen werden, um eine für alle akzeptablere Situation zu schaffen.

Der Grosse Rat stimmte am 3.6.2015 einem Systemwechsel bei der Finanzierung der Leistungserbringer von Notunterkünften zu. Damit ist der Wechsel von der Subjekt- zur Objektfinanzierung erfolgt. Notunterkünfte sind gemäss Unterlagen unterirdische Unterbringungsmöglichkeiten für Personen des Asylbereichs.

Wie aus zahlreichen Gesprächen hervorgeht, wären mehr Gemeinden bereit, Asylsuchende in oberirdischen Anlagen und in kleineren Gruppen zwischen 30 und 50 aufzunehmen. Das erfordert jedoch eine Änderung bei der Finanzierung. Bisher sind oberirdische Anlagen für die Betreiberorganisationen erst dann NICHT defizitär, wenn sie mindestens 100 Asylbewerber gleichzeitig betreuen können. Neu muss für die Betreiber auch eine Betreuung von 30 bis 50 Personen kostendeckend möglich sein.

Begründung der Dringlichkeit: Wir erleben eine humanitäre Tragödie. Die aktuelle Unterbringungssituation im Asylbereich ist in einer Sackgasse. Es braucht nun rasche, nachhaltige und innovative Lösungsansätze.

Antwort des Regierungsrats

Nachdem die Absicht des Kantons, grössere temporäre Unterkünfte zu schaffen, bei den Gemeinden auf Widerstand gestossen ist, wird nun geprüft, ob das Ziel auch mit kleineren Unterkünften erreicht werden kann. Das Projekt in Wohlen wird insofern begrüsst.

Der Regierungsrat begrüsst daher die Prüfung für die Bewilligung zusätzlicher kantonaler finanzieller Mittel, um neue Unterbringungs- und Betreuungsmodelle für die Platzierung von Personen des Asylbereichs in der Praxis zu erproben und den Betrieb von kleineren Objekten im Bereich der kollektiven Unterbringung gewährleisten zu können. Namentlich ist der Regierungsrat bereit, das bestehende Finanzierungssystem im Rahmen der Neustrukturierung des Asylbereichs im Kanton Bern (NA-BE) zu überprüfen. Eine allfällige Neuausrichtung dürfte mit grösseren Kosten verbunden sein, weil die Betreuung von Asylsuchenden an mehreren Standorten mit geringerer Aufnahmekapazität aufwändiger ist. Das ausgabenzuständige Organ des Kantons wird die entsprechenden Mittel zu bewilligen haben.

Vor diesem Hintergrund beantragt der Regierungsrat die Annahme der Motion als Postulat.

Der Regierungsrat beantragt:

Annahme als Postulat

Präsident. Wir sind beim Traktandum 9: Motion Brunner «Neue Lösungsansätze zur Unterbringung von Asylsuchenden in den Gemeinden des Kantons Bern». Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag als Postulat anzunehmen. Wir haben dazu eine freie Debatte. Ich gebe der Motionärin das Wort.

Ursula Brunner, Hinterkappelen (SP). Ich gebe zuerst meine Interessenbindung bekannt. Ich bin Gemeinderätin in der Gemeinde Wohlen und fand aus dieser Erfahrung heraus den Weg zu dieser Motion.

Worum geht es? Die Motion will, dass die Gemeinden neue Unterbringungs- und Betreuungsmodelle für Asylsuchende schaffen können. Insbesondere soll auch die Unterbringung von weniger als 100 Personen an einem Standort kostendeckend für die Gemeinden und die Betreibenden möglich sein. Hierzu ist allenfalls das heutige Finanzmodell zu prüfen und wenn nötig anzupassen. Die Motion entstand aus einer Situation heraus, in welcher sich Wohlen zusammen mit anderen Gemeinden im letzten Sommer befand. Schon damals war uns klar, dass wir es mit einer ausserordentlichen Situation zu tun haben. Ebenso klar war uns in Wohlen, dass alle Gemeinden etwas tun müssen. Denn ohne die Gemeinden – wir haben das gestern von Regierungsrat Käser gehört – geht es nicht. In Wohlen wollten wir mit der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen in kleineren Einheiten Lösungen aufzeigen.

Der Kanton Bern erhält vom Staatssekretariat für Migration gemessen an seiner Bevölkerungszahl 13,5 Prozent der Asylsuchenden in der ganzen Schweiz zugewiesen. Der Kanton Bern ist anschliessend für die Unterbringung und die Unterstützung dieser Menschen zuständig. Seit etwas mehr als einem Jahr besteht aus Sicht von Regierungsrat Käser eine Notsituation. Eigentlich hätte diese Zeit reichen sollen, um mit den Gemeinden in einen echten konstruktiven Dialog einzusteigen und die Gemeinden in eine Lösung einzubinden. Wir haben aber gestern gehört, dass es für die FDP in der Asylthematik nur ein Konzept gibt, nämlich eine möglichst restriktive und unattraktive Asylpolitik. Regierungsrat Käser hat uns gestern anschaulich vor Augen geführt, wie sehr sich die Welt in den letzten sechs Monaten verändert hat. Aufgrund der gestrigen Ausführungen wage ich zu hoffen, dass zumindest der FDP-Polizei-, Militär- und Flüchtlingsdirektor erkannt hat, dass es alleine mit der «Hardliner-Tour» nicht möglich sein wird, die heutige Situation zu bewältigen. Die Situation wird heute seitens der Bevölkerung noch mit erstaunlichem Goodwill und Hilfsbereitschaft mitgetragen, nur darf die Asylthematik nicht privatisiert werden.

Wir schaffen das im Kanton Bern, Herr Regierungsrat, auch ohne Sonderstatus. Wir schaffen das auch ohne Schwarzpeter-Spiel zwischen Kanton und Gemeinden; zwischen Kanton und Bund; zwischen Kanton und Gebäudeversicherung oder wem auch immer, der noch dazwischen geschoben werden könnte. Wir schaffen das dank den guten Leuten in der Verwaltung, die vor Ort hervorragende Arbeit leisten. Wir stehen vor einer Generationen-Herausforderung. Es ist am zuständigen Regierungsrat, an der Gesamtregierung und auch an uns hier im Saal, klug auf die Situation zu reagieren. Die Gemeinden und die Bevölkerung des Kantons Bern brauchen deutliche Zeichen der Berner Regierung. Dazu gehört, dass wir für die Rechtsstaatlichkeit einstehen und die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft stärken. Dazu gehören eine sachgerechte Information und der Dialog mit den Gemeinden und der Bevölkerung. Herr Regierungsrat, zeigen Sie uns auf, wie Sie die Gemeinden partizipativ in die Lösungen der Probleme einbinden. Nehmen Sie das Parlament in die Verantwortung, unterbreiten Sie uns Vorschläge für eine wirkungsvolle, menschenwürdige und sozialverträgliche Unterbringung von Flüchtlingen. «Das ausgabenzuständige Organ des Kantons wird die entsprechenden Mittel zu bewilligen haben» steht in der Motionsantwort. Das ausgabenzuständige Organ sind wir, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bitte Sie, die Motion für neue Lösungsansätze zur Unterbringung von Asylsuchenden in den Gemeinden des Kantons Bern zu unterstützen und der Regierung zu überweisen.

Hubert Klopfenstein, Biel/Bienne (FDP). Ich wurde angesprochen. Die FDP hat ihre Meinung nicht geändert. Das Votum von gestern wird aufrechterhalten und zwar überzeugter denn je. Ihr Vorstoss klingt natürlich auch sehr gut, und wir haben lange darüber diskutiert. Aber schon mit der Begründung Ihres Vorstosses haben wir etwas Probleme. Die FDP sieht nicht ein, weshalb die Unterbringung von Flüchtlingen in Zivilschutzanlagen nicht gut genug sein sollte und nicht adäquat ist. Ich erinnere immerhin daran, dass man einst für teures Geld die Zivilschutzanlagen für die Schweizer Bevölkerung gebaut hat. Sollten diese Anlagen für die Flüchtlinge nicht gut genug sein? Passen Sie ein wenig auf und übertreiben Sie nicht mit den Anforderungen. Solche Phrasen, Frau Brunner, können brandgefährlich sein, wenn die Auslegung so gemacht wird, wie eben durch mich. Das löst

gewisse Strömungen in der Bevölkerung aus, die Sie natürlich nicht wollen. Aber Sie können dies so provozieren. Soweit zur Einleitung.

Die Gemeinden Täuffelen und Aarberg haben das als Vorwand benutzt, um zu rechtfertigen, weshalb sie keine Asylbewerber aufnehmen können. Man könne diese doch nicht in Zivilschutzanlagen unterbringen. Ich kenne die Gemeinden des Seelands sehr gut. Sie haben sehr schlitzohrig und heuchlerisch gesagt: «Ja, ja, das kann man nicht machen.» Dabei wollten sie einfach grundsätzlich keine Asylsuchenden. Wenn man nun das Projekt Wohlen mit finanziellen Abgeltungen usw. weiterverfolgen will, a la bonheur, dann müssen sich die Gemeinden selber lieb sein. Als Postulat können wir den Vorstoss unterstützen. Aber ich sage einfach als FDPLer, dass die finanzielle Abgeltung das eine ist; die Flüchtlinge haben Sie dann gleichwohl auf dem Boden der Gemeinden. Gewisse Folgekosten werden im Endeffekt trotzdem verursacht. Ich weiss, wovon ich rede; ich wohne in Biel. Sie haben Platzierungskosten, Integrationskosten, Schulungskosten usw. Die finanzielle Seite ist das eine, aber was letztlich alles hinzukommt, ist das andere. Deshalb muss man vorsichtig sein, gerade bei schlecht integrierbaren Asylbewerbern. Wie gesagt, können wir eine Motion niemals unterstützen. Das höchste Gefühl, das wir bei diesem Vorstoss haben, wäre für ein Postulat. Die Motion würden wir ablehnen.

Andreas Burren, Lanzenhäusern (SVP). Ich kann es vorwegnehmen, die SVP lehnt die Motion einstimmig ab. Was gestern bereits mehrmals erwähnt wurde, und was eigentlich auf Bundesebene passieren sollte – wobei die Justizministerin immer sagt, es sei alles im grünen Bereich – müssen wir Kantone und Gemeinden ausbaden. Die Bundeszentren sollten jetzt einmal erstellt werden, dann hätten wir das Problem auf kantonaler Ebene nämlich auch nicht. Ein paar wenige unter uns – es sind vor allem Gemeindevertreter – unterstützen ein Postulat. Es sollte ja dann nicht so sein, dass die Gemeinden auch noch Kosten zu tragen haben, wenn sie bereit sind, einen kleineren Bestand aufzunehmen. Ich kann das von unserer Region sagen. Als das letzte Mal eine Zwangszuweisung kam, musste die Gemeinde Räume organisieren, die sie nicht hatte. Man kaufte dann Baracken, die nicht aufgestellt werden konnten, weil es eine Opposition gegen die Bewilligung gab. Als man endlich die Bewilligung hatte, entschärfte sich die Situation. Man musste dann die Baracken gar nie aufstellen. Nach sechs Jahren Lagerdauer haben wir sie entsorgt. Solche Sachen sollten nicht passieren. Zurzeit versuchen aber Leute aus der Notsituation Profit zu schlagen. Bei uns sucht die Kirche solche Räume. Jetzt werden Räume angeboten, die seit zehn Jahren zum Verkauf ausgeschrieben sind und die niemand kaufen will. Unter anderem gibt es ein Gasthaus. Die Kirche zeigte ihr Interesse an einer Übernahme. Der Besitzer wurde 80-jährig und hat mit dem Wirten aufgehört. Jetzt ist er froh, wenn er das Gasthaus auf diese Weise noch vermieten kann. Wir besichtigten von der Sicherheitskommission aus ein Gebäude in Enggistein, von dem ich glaube, dass es an andere Leute nicht vermietet werden könnte. Wie gesagt, lehnen wir die Motion ab. Dem Postulat stimmen ein paar wenige zu.

Bettina Keller, Bern (Grüne). Der Motionärin Frau Brunner geht es um ein ganz konkretes Anliegen. Mir scheint, dies müsste auch bei der FDP oder der SVP eigentlich auf offenere Ohren stossen. Ein Knackpunkt in der ganzen Verteilproblematik ist doch einfach die Grösse und die Anzahl der Menschengruppen, die verteilt werden müssen, sodass die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist. Diese Grösse liegt im Moment bei 100 Personen, ansonsten sei die Betreuung nicht kostendeckend. Die grüne Fraktion glaubt den Gemeinden, wenn sie sagen, für sie wären kleinere Gruppen eher unterzubringen und dass es ihnen eher möglich sei, einerseits menschenwürdige Unterkünfte zu finden und andererseits die Akzeptanz bei der Bevölkerung zu erwirken. Die grüne Fraktion findet, das Wohler Modell weise viele gute Aspekte auf, die auch für andere Gemeinden inspirierend sein könnten. Dafür müssten die finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Deshalb unterstützen wir sowohl die Motion wie auch das Postulat, falls der Vorstoss gewandelt wird. Das Argument dafür ist die höhere Akzeptanz in der Bevölkerung, die man in Wohlen sehr gespürt hat. Es gab keine Einsprachen gegen die Container-Lösung, und das finde ich sehr beachtenswert. Wohlen ist nicht einfach ein Agglomerationsgemeinde, sondern sehr wohl auch eine ländlich geprägte Gemeinde. Es wäre auch eine gute Lösung gegen die hohe Anonymität. Kleinere Gruppen von Asylsuchenden können sich besser in der Gemeinde verteilen und sind weniger Angst einflössend. Man kann besser mit ihnen in Kontakt treten und die Unterstützung durch Privatpersonen ist höher. Ein ganz wichtiges Argument finde ich die Solidarität zwischen den Gemeinden. Es kann nicht sein, dass alle Gemeinden den Schwarzpeter von sich wegweisen und sagen, sie hätten leider keine Möglichkeiten. Wenn viele Gemeinden einen kleinen Beitrag leisten und Angebote für weniger als

100 Personen suchen, würde damit das ganze Problem massiv entschärft.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Ich möchte mich den einleitenden Worten des FDP-Sprechers mehrheitlich anschliessen. Wir sind der Meinung, dass es nicht so unbefriedigend und unwürdig ist, wenn man in einer unterirdischen Unterkunft untergebracht wird. Mancher von uns verbrachte im Militär Jahre unterirdisch. Ja, das ist so, auch ich verbrachte dort ein Jahr und einen so grossen Schaden habe ich nicht genommen. Es ist natürlich sicher das Ziel, dass man nicht einfach primär die Asylsuchenden in unterirdischen Unterkünften unterbringt. Aber das sind Leute, die an Leib und Leben bedroht sind, und wir wollen ihnen Sicherheit geben. Ich glaube, das ist gar nicht das Übelste. Gestern sagte Regierungsrat Käser relativ viel über die Situation. Die Antwort auf die Motion, die wir lesen können, ist an und für sich gut. Der Regierungsrat ist bereit, den Vorschlag zu prüfen. Wir sind natürlich auch froh, dass sich die Situation mit der Gebäudeversicherung Bern (GVB) geklärt hat. Es ist absolut absurd, wenn völlig andere Vorschriften für Asylsuchende gelten sollen als für Schweizer oder Inländer, respektive Nicht-Asylsuchende. Wir riskieren, immer einen Schritt hinterher zu rennen, wenn wir die Kriterien bei der Unterkunftssuche nicht anpassen. Der Regierungsrat will neue Betreuungsmodelle prüfen. Wie er schreibt, will er mit den Gemeinden und den Betreiberorganisationen reden. Über die Finanzen werden wir uns sicher noch ein paar Mal unterhalten müssen. Die glp wird eine Motion ablehnen; ein Postulat nehmen wir aber an.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Bevor ich die Haltung der EVP zu diesem Vorstoss kundgebe, möchten ich und unsere Fraktion dem MIP ganz herzlich für seinen ausserordentlichen Einsatz im Zusammenhang mit der ganzen Flüchtlingsthematik danken. Ich durfte an einer der Orientierungsversammlungen dabei sein. Es ist nicht einfach, wenn man stark der Öffentlichkeit ausgesetzt ist und manchmal auf ganz spezielle Art und Weise «eis a d'Ohre verwütscht». Ich danke für die Ausdauer, die sie dabei zeigen.

Ich habe die Vorlage analysiert, die eigentlich aus drei Punkten besteht. Die Vorlage will eine Auswertung des Modells Wohlen. Die Vorlage will weiter eine Abklärung von Lösungen für die Unterbringung von weniger als 100 Personen pro Unterkunft, und die Vorlage will eine Überprüfung der Finanzierung. Wenn ich ungeachtet der nachfolgenden Begründungen einfach diese drei Punkte analytisch prüfe, komme ich zu folgendem Schluss, wenn wir diese Vorlage als Motion überweisen: Das MIP wird die Situation in Wohlen begleiten und auswerten. Es wird nach Lösungen für Unterkünfte mit weniger als 100 Personen suchen und wird die Finanzierung laufend überprüfen. Wenn wir den Vorstoss als Postulat annehmen, wird das MIP genau dasselbe tun. Und wenn wir ablehnen, wird das MIP auch wieder dasselbe tun. Das MIP kommt gar nicht darum herum, das Projekt Wohlen weiter zu begleiten und auszuwerten. Und wenn dabei etwas Schlaues herauskommt, wird es dies entsprechend multiplizieren. Sie haben gestern von Regierungsrat Käser gehört, dass wir heute in einer Situation sind, in der es Lösungen braucht. Somit kann man sich Lösungen für Unterkünfte mit weniger als 100 Personen nicht verschliessen. Die Finanzierung laufend zu überprüfen gehört zu den permanenten Aufgaben einer solchen Amtsstelle. Deshalb werden wir das Postulat gerne überweisen, weil es von der Sache her am meisten Sinn ergibt. Aber auch alle anderen Formen führen zum selben Ziel. Damit möchte ich Ihnen Mut machen, bei der Suche nach Lösungen mitzuhelfen, denn Lösungen zu verhindern, hilft uns in dieser Situation nicht weiter.

Vania Kohli, Bern (BDP). Ich wiederhole nicht, was Samuel Leuenberger gestern von unserer Fraktion aus bereits gesagt hat. Ich schliesse mich aber weitgehend den Freisinnigen und auch der glp an. Die Motion rennt offene Türen ein. Der Regierungsrat sagt selber, er sei im Rahmen der Neustrukturierung des Asylbereichs bereit, das bestehende Finanzierungssystem zu überprüfen. Die BDP unterstützt den Antrag der Regierung und wird die Motion somit nur als Postulat überweisen.

Adrian Wüthrich, Huttwil (SP). Ich möchte zuerst all jenen danken, die sich im Kanton Bern für die Unterbringung von Asylsuchenden einsetzen. Das ist eine Arbeit, die bei all jenen verdankt werden muss, die sich im MIP und in den Gemeinden heute, jetzt und überall im Kanton Bern einsetzen. Die Motion versucht Vorschläge zu machen, um weitere Möglichkeiten zu eröffnen. Wir sind von der SP-JUSO-PSA-Fraktion aus der Meinung, man müsse alle Möglichkeiten prüfen. Wir brauchen Lösungen und deshalb könnte das vorgeschlagene Wohleiner Modell mehr erprobt werden, so wie es in Ziffer 1 der Motion vorgeschlagen wird. Ich möchte hier keine Debatte für und wider unterirdische Anlagen führen. Es geht bei diesem Vorstoss nicht darum, sondern um Lösungen für die Unterbrin-

gung der Asylsuchenden im Kanton Bern.

Es gibt beispielsweise noch weitere Unterkünfte, die heute durch Verträge gebunden sind. Die Gemeinden haben mit der Armee auch für oberirdische Unterkünfte Verträge. Offenbar argumentieren noch einige Gemeinden, sie hätten Verträge mit dem VBS oder mit armasuisse und könnten diese Objekte nicht einfach dem Kanton zur Verfügung stellen. Wenn der Dialog zwischen VBS und Gemeinden stattfinden könnte, wäre zu prüfen, ob die Unterkünfte, die gerade nicht für das Militär gebraucht werden, für Asylsuchende bereitgestellt werden könnten.

Zu Ziffer 2 haben wir vom Regierungsrat gehört, dass er bereit ist, die Unterbringung in Unterkünften für weniger als 100 Personen zu prüfen. Damit diese kostendeckend betrieben werden können, braucht es noch Lösungen im Finanzierungsmodell. Wir sind deshalb der Meinung, der Vorstoss sollte als Motion überwiesen werden und einen klaren Auftrag bewirken. Deshalb unterstützt unsere Fraktion die Motion.

Erich Hess, Bern (SVP). Bereits in der Überschrift dieser Motion hat es zwei Fehler. Der erste Fehler ist das Wort «Asylsuchende». Der grösste Teil sind illegale Wirtschaftseinwanderer und nicht Asylsuchende. Somit zeigt sich der zweite Fehler auf: Man darf dann ganz sicher nicht Lösungssätze suchen, um illegale Wirtschaftseinwanderer unterzubringen. Wir müssen den Druck auf den Bund hoch halten, damit die Grenzen geschlossen werden. Es kann nicht sein ... *(der Präsident unterbricht den Redner.)*

Präsident. Herr Hess, das Thema der Motion heisst «Unterbringung» und wir haben dazu drei Ziffern. Möchten Sie sich zu diesen inhaltlich äussern? – *(Kurze stille, vereinzelt Heiterkeit in den Reihen der rot-grünen Ratsmitglieder. Der Präsident wiederholt seine Frage. Der Redner bejaht die Frage durch Nicken.)* Gut. Ich bitte Sie, bei der Sache zu bleiben.

Erich Hess, Bern (SVP). Ja, aber man darf ja argumentieren, weshalb die Sache eben nichts ist. Der Regierungsrat muss schauen, dass der Druck auf den Bund hochgehalten wird, damit wir diese Leute nicht in den Gemeinden unterbringen müssen. Sprich, der Regierungsrat muss auf den Bund Druck ausüben, damit die Grenzen geschlossen werden und keine illegalen Wirtschaftsflüchtlinge mehr in die Schweiz hinein kommen. Schengen/Dublin wird nicht eingehalten, und darum muss Regierungsrat Käser nicht schauen, wo er möglichst viele Asylbewerber unterbringt, sondern er muss schauen, dass der Bund mit der Europäischen Union die Schengen/Dublin-Verträge umsetzt. Laut Schengen/Dublin muss das ersichere Land den Antrag des Asylbewerbers oder des illegalen Wirtschaftsflüchtlings prüfen und registrieren. Erst nach Erhalt des Asyls würde der Betreffende anschliessend zugeteilt. Schengen/Dublin wird nicht eingehalten, und so müssen wir aus meiner Sicht auch ganz sicher nicht für mehr Plätze schauen. Wir müssen den Druck aufrechterhalten und möglichst wenige Plätze zur Verfügung stellen. Für die wirklichen Flüchtlinge haben wir genug Platz, aber ganz sicher nicht für die Massen von illegalen Wirtschaftseinwanderern.

Reto Müller, Langenthal (SP). Nach dem letzten Votum möchte ich jetzt zu kantonalen Sachpolitik zurückkommen. Am 7. September hat der Verband Bernischer Gemeinden (VBG) eine Medienmitteilung verschickt. Er schreibt darin: «Der Kanton muss von seiner Haltung, Kontingente von 100 Asylsuchenden in Zivilschutzanlagen unterzubringen, abrücken.» Der VBG schreibt, dass den Gemeinden bei der Unterbringung keine finanziellen Nachteile erwachsen dürfen. Er schreibt weiter: «Es muss nach Lösungen gesucht werden, welche die Unterbringung von weniger als 100 Asylsuchenden möglich macht. Auszugehen ist von Kontingenten zwischen 20 und 30 Personen. [...] Der Kanton muss prüfen, ob in geeigneten Gemeinden Wohncontainer gestellt werden können.» Ich vergleiche das einmal mit der Motion Brunner: Es ist genau dasselbe. Ich möchte einfach meine bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen, die der Motion jetzt eher ablehnend gegenüber stehen, darauf hinweisen, dass der VBG am 7. September genau dasselbe geschrieben hat. Warum? Gemeinden, die sich jetzt entschliessen, Asylsuchende aufzunehmen, geraten massiv unter Druck, insbesondere auch aus der eigenen Bevölkerung. Ich erinnere kurz an das – auch mediale – Desaster, welches sich in Schaffhausen ereignete: Schaffhausen mit 150 Asylsuchenden im Emmental. Als Asylkommissionspräsident Emmental-Oberaargau muss ich Ihnen sagen, dass ich nach der Eröffnung nicht eine einzige Klage erhalten habe. Es funktioniert. Wenn wir aber künftig verhindern wollen, dass Gemeinden wie Kappelen bei Lyss, wo ein grosses Kontingent platziert wurde, noch mehr unter Druck geraten, müssen alle Seiten den Bedarf kleinerer Kontingente und alternativer Unterbringungsmöglichkeiten anerkennen.

Herr Käser erwähnte gestern, dass es jetzt insbesondere auch Wohnungen braucht. Ich möchte Sie auch noch einmal darauf aufmerksam machen. Wir brauchen nicht nur grosse Unterkünfte, sondern auch Wohnungen, die innerhalb der Kostenobergrenzen liegen. Vielleicht müssen wir auch die Kostenobergrenzen diskutieren. Wenn wir also das Problem in den Gemeinden solidarischer angehen wollen, dann ist die Motion ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.

Ursula Brunner, Hinterkappelen (SP). Ich danke – bis auf eine Ausnahme – allen, die zu diesem Geschäft gesprochen haben, für die seriöse Diskussion. Ich möchte klar darauf hinweisen, dass es bei der Diskussion nicht um ober- oder unterirdisch geht. Die Aufnahme von Flüchtlingen muss auf eine sozialverträgliche Art geschehen. Das ist dann der Fall, wenn die Flüchtlinge nicht in grossen Massen einfach irgendwo untergebracht sind. Es muss auch die Unterbringung von kleineren Anzahlen möglich sein. Mir geht es darum, dass die Gemeinden ihre Verantwortung wahrnehmen und sich nicht so verhalten, wie wir das vielerorts in Europa sehen: «Die Flüchtlinge sollen kommen, bloss nicht zu uns.» Diese Haltung geht nicht mehr im Kanton Bern. Jede Gemeinde ist verantwortlich und hat ihren Beitrag zu leisten. In dem Sinn wandle ich die Motion in ein Postulat und ich hoffe auf die zahlreiche Zustimmung, die Sie zugesagt haben.

Präsident. Damit gebe ich das Wort an den Polizeidirektor, Herrn Regierungsrat Käser.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Ich danke Ihnen für die Diskussion. Vor allem möchte mich bei Herrn Grossrat Markus Wenger herzlich bedanken, der den Dank an meine Mitarbeitenden ausgesprochen hat. Ebenso bei Herrn Grossrat Adrian Wüthrich, der sich noch ein bisschen ausführlicher äusserte.

Der Vorstoss, der am 7. September 2015 eingereicht wurde, ist absolut verständlich. Ich bin froh, dass die Motionärin in ein Postulat wandelt. Es ist natürlich so, wie es Herr Grossrat Wenger gesagt hat: Eigentlich ist es unerheblich, wie Sie mit dem Vorstoss umgehen. Wir müssen genau das immer machen, denn es entspricht unserer Aufgabe. Man darf nicht vergessen, dass es in diesem Kanton grosse Gemeinden gibt, die Anlagen für 100 Personen locker verkraften können. Aber es gibt auch kleine, bei denen die Diskussion nach der vertraglichen Anzahl von Asylsuchenden auf einem anderen Level geführt werden muss. Das ist uns klar. Was wir beim MIP in dieser Situation nicht können, geschätzte Damen und Herren, ist das zusätzliche Fahren von Pilotprojekten. Wir brauchen einfach Unterkünfte. Jetzt brauchen wir einfach Unterkünfte. Wenn wir kleinere Unterkünfte finden, die durch unsere Partner betrieben werden können, dann machen wir das. Es ist auch klar, dass daraus eine finanzielle Konsequenz entsteht, die dann hier im Grossen Rat ein Thema sein wird. Das ist offensichtlich. Es ist für jeden und jede nachvollziehbar, dass eine gewisse Grösse einer Anlage gegeben sein muss, damit diese einigermaßen wirtschaftlich betrieben werden kann. Wenn die Anlage kleiner ist, so sind die Organisation, der Overhead und das Drum und Dran bei 30 oder 90 Asylsuchenden gleich hoch. Das ist einfach die Situation. Ich bin froh, wenn Sie der Regierung folgen. Wir geben uns Mühe, in diesem Sinn und Geist unsere Arbeit zu machen.

Präsident. Wir stimmen über ein Postulat ab. Ich habe nicht gehört, dass ziffernweise abgestimmt werden soll, deshalb stimmen wir über das Postulat als Ganzes ab. Wer das Postulat annehmen will, stimmt ja, wer es ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der grosse Rat beschliesst:

Annahme als Postulat

Ja	106
Nein	37
Enthalten	4

Präsident. Sie haben die Motion mit 106 Ja gegen 37 Nein bei 4 Enthaltungen angenommen.